

Rüstung statt Regeln

Beobachtungen von der Münchner Sicherheitskonferenz (12.–15. Februar 2026)

Drei Tage lang diskutierten Politiker*innen im Bayerischen Hof in München wieder über zentrale Fragen globaler Sicherheit. In diesem Jahr war ich – vermittelt durch die *Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.* – als Vertreterin der Zivilgesellschaft eingeladen.

Ich war gespannt, welche Antworten die politisch Verantwortlichen auf die tiefe Erschütterung der internationalen Ordnung geben würden: auf die grausamen Kriege unserer Zeit, auf die offene Missachtung des Völkerrechts durch US-Präsident Donald Trump, auf globale Ungleichheit, Hunger und die eskalierende Klimakrise.

Als Co-Präsidentin der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) wollte ich zudem die wachsende Gefahr eines Atomkriegs thematisieren.

Erst Ende Januar hatten Wissenschaftler*innen die symbolische „Doomsday Clock“ auf 85 Sekunden vor Mitternacht vorgestellt – ein drastisches Zeichen dafür, dass die Gefahr einer nuklearen Katastrophe so hoch ist wie nie zuvor. Kurz darauf lief mit dem New START der letzte Vertrag zwischen Russland und den USA zur Begrenzung strategischer Atomwaffen aus. Eine weitere Entfesselung des Wettrüstens ist zu befürchten.

Der wenige Tage vor Konferenzbeginn veröffentlichte Munich Security Report 2026 streift das Thema Atomwaffen jedoch nur am Rande. Im Mittelpunkt steht die US-Außenpolitik unter Präsident Trump, die als Abrissbirne internationaler Regeln und multilateraler Kooperation beschrieben wird. Zutreffend analysiert der Bericht den wachsenden Einfluss profitorientierter Unternehmen und die Logik bilateraler „Deals“ anstelle verbindlichen internationalen Rechts. Auch die Finanz- und Glaubwürdigkeitskrise der Vereinten Nationen infolge zunehmenden Nationalismus, geopolitischer Rivalitäten und steigender Militärausgaben wird benannt.

Enttäuschend – wenn auch nicht überraschend – ist jedoch, dass sich die vorgeschlagenen Lösungsansätze nahezu ausschließlich auf höhere Rüstungsausgaben konzentrieren. Nicht nur die amerikanische Außenpolitik folgt wirtschaftlichen Interessen: Rüstungsunternehmen wie Hensoldt, Heckler & Koch, Lockheed Martin oder Rheinmetall zählen – neben mehreren Bundesministerien – zu den offiziellen Sponsoren der Konferenz.

Auch auf den Hauptbühnen dominierte das Narrativ vom „Ende der alten Weltordnung“. In seiner Eröffnungsrede erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz die regelbasierte Ordnung faktisch für gescheitert. Die militärische Stärkung Deutschlands und Europas habe nun oberste Priorität. Die Bundeswehr solle so rasch wie möglich zur stärksten konventionellen Armee Europas werden – Wettbewerbspolitik sei Sicherheitspolitik. Sogar die Möglichkeit von gemeinsamen europäischen Atomwaffen wolle er diskutieren.

Zur Begründung verwies er darauf, dass das europäische Bruttoinlandsprodukt das Zehnfache des russischen betrage, militärisch jedoch keine entsprechende Überlegenheit bestehe. Unerwähnt blieb, dass Deutschland bereits heute die 4. größte Militärmacht weltweit ist (übertroffen nur von den USA, Russland und China)¹. Auch ohne die USA verfügen die NATO-Staaten gegenüber Russland über ein deutliches Übergewicht – nicht nur bei den Rüstungsausgaben (420 vs. 300 Milliarden US-Dollar),

¹ Stockholm International Peace Research Institute 2025, siehe auch: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2025-04/sipri-auftruestung-militaerausgaben-steigen-zehntes-jahr-in-folge>

sondern insbesondere bei Großkampfsystemen (z.B. 6297 vs. 2000 Kampfpanzer, 2073 vs. 1026 Kampfflugzeuge). Die NATO Staaten dominieren auch den weltweiten Rüstungsmarkt mit über 70% des Gesamtumsatzes (Russland 3,5%).²

Immerhin betonte Merz, es dürfe nie wieder einen deutschen Alleingang geben – eine Lehre aus der Geschichte. Und er warnte, eine Welt, in der allein Macht zähle, sei ein finsterer Ort. Welche konkreten Schritte er als deutscher Kanzler zur Stärkung des Rechts als Gegengewicht zur Macht unternehmen wolle, blieb offen. Die Vereinten Nationen, die als Reaktion auf den 2. Weltkrieg gegründet wurden, erwähnte er nicht.

Die „amerikanischen Freunde“ kritisierte er für den Kulturkampf der MAGA-Bewegung, der die Menschenwürde verletze, sowie für die Abkehr von freiem Handel, Klimaabkommen und Weltgesundheitsorganisation zugunsten von Protektionismus und Nationalismus.

US-Außenminister Marco Rubio bekräftigte am folgenden Tag genau diese Linie: Zu lange habe man amerikanische Interessen dem „Klima-Kult“ und dem globalen Wohlfahrtsstaat untergeordnet. Massenmigration sei eine Bedrohung für westliche Gesellschaften.

„Standing Ovation“ gab es für diese Rede vom deutschen Außenminister Johann Wadepuhl, Verteidigungsminister Boris Pistorius und dem bayerische Ministerpräsidenten Markus Söder – ein Bild, das im In- und Ausland auf breite Kritik stieß.

Der inhaltliche Kontrast zur Rede des chinesischen Außenministers Wang Yi hätte größer kaum sein können: Er warb für die Stärkung der Vereinten Nationen, für multilaterale Kooperation und für eine internationale Ordnung, die auf Dialog statt auf Konfrontation gründet.

Insgesamt war die Konferenz trotz der spürbaren echten Sorgen über den Verlust von Werten und Regeln stark von Konkurrenzdenken, Oberflächlichkeit und Perspektivlosigkeit geprägt. Nicht nur der Applaus für den amerikanischen Außenminister, auch die von westlichen Vertreter*innen nach der Rede von Wang Yi vielfach geäußerte Vermutung, China wolle mit seinem Vorstoß zur Stärkung der Vereinten Nationen lediglich seine eigene Einflussphäre ausbauen, deuteten auf ein starkes Bedürfnis nach Führung und der Wiederherstellung vertrauter Ordnungsmuster hin.

Als Ärztin, die an wissenschaftliche Analyse und Einordnung nach Relevanz für die Gesundheit der Bevölkerung gewöhnt ist, war ich erstaunt, dass die Diskussionen auch in den vertraulichen Side Events selten über das Narrativ hinausgingen „Die USA haben uns verlassen – Russland können wir nicht trauen – also rüsten wir auf“ hinausging. Ich hatte gehofft, hier besser zu verstehen, weshalb ein russischer Angriffskrieg befürchtet wird, obwohl sowohl das Kräfteverhältnis zu Gunsten der NATO als auch viele Expert*innen dagegen sprechen. Das Narrativ des drohenden Kriegs ist schließlich die Begründung für die massive Steigerung der Verteidigungsausgaben, die zu Lasten der echten Sicherheitsinteressen der Bevölkerung, wie Gesundheit, Bildung usw. gehen werden.

In Veranstaltungen mit Beteiligung deutscher Ministerien über den notwendigen Umbau von Deutschem Transport- und Gesundheitssystem für einen Krieg in Europa, in dem Deutschland die logistische Drehscheibe wäre, gelang es mir immerhin, Fragen zu stellen. Ich fragte z.B., ob die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 50% der gesamten Deutschen Steuereinnahmen nicht viel öffentlicher diskutiert werden müsste, damit kein Ungleichgewicht zugunsten der wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie entsteht, die auf der MSC stark repräsentiert ist.

² https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf

Viele der häufig vertraulichen Hintergrundgespräche auf der MSC, auf denen Lösungen für vermeintliche militärische Fähigkeitslücken präsentiert werden, werden direkt von der Rüstungsindustrie oder von Industrie-nahen Think Tanks finanziert. In der Medizin wären derartige finanzielle Interessenskonflikte im Sinne einer Wissenschafts-basierten und Patientenzentrierten Behandlung undenkbar.

Auch wenn die Antworten auf meine Fragen oft ausweichend waren oder erst nach Ende einer Veranstaltung im bilateralen Gespräch kamen, war ich positiv überrascht über die Beteiligungsmöglichkeit. Das MSC Motto „Peace through Dialogue“ war auf allen Stühlen zu lesen und auf die Einhaltung von Gesprächsregeln wurde geachtet: Nachdem ich von einem Moderator aus dem Verteidigungsministerium harsch unterbrochen worden war, als ich sagte, dass das Deutsche Gesundheitssystem einen Krieg in Europa nicht bewältigen könne, kamen Mitarbeiterinnen der MSC auf mich zu und sagten, dieser Vorfall würde an die Konferenzleitung gemeldet. (Die Veranstaltung wurde mit dem scherzhaften Vorschlag beendet, die Teilnehmer*innen sollten ihren Erste-Hilfe-Kurs auffrischen).

In der Abschlussveranstaltung in der großen Halle erhielt ich sogar die Gelegenheit, eine Frage zu den notwendigen Schritten angesichts der wachsenden Gefahr eines Atomkriegs zu stellen. Das Abschlusspanel bestand ausschließlich aus jungen Parlamentarierinnen, die mir fast alle nachdrücklich zustimmten. Insgesamt erschien mir die Repräsentation von Frauen unter den Redner*innen und Teilnehmenden – trotz des traditionell männlich dominierten sicherheitspolitischen Feldes – bemerkenswert hoch.

Sehr enttäuschend waren für mich die anwesenden deutschen Politikerinnen sowie Vertreterinnen deutscher Stiftungen und Thinktanks. Viele plädierten nachdrücklich für Aufrüstung und zeigten nur geringe Gesprächsbereitschaft. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte ich die meisten von ihnen über das interne Kommunikationssystem der Website kontaktiert und um bilaterale Gespräche am Rande der Veranstaltung gebeten. Zu diesem Zweck stellt die MSC eigens private Räume und reservierte Tische in öffentlichen Lounge-Bereichen zur Verfügung.

Nahezu alle deutschen Politikerinnen lehnten ab; lediglich ein SPD-Abgeordneter signalisierte Gesprächsbereitschaft, musste jedoch kurzfristig abreisen, sodass es nicht dazu kam. Zustande kamen hingegen einige Gespräche mit Vertreterinnen der Bundeswehr und der NATO, die ernsthaft an einer kritischen Perspektive – etwa zur Frage der Belastbarkeit des Gesundheitssystems im Kriegsfall – interessiert schienen. Ebenfalls aufschlussreich waren meine Begegnungen mit Vertreterinnen chinesischer, südamerikanischer und US-amerikanischer Nichtregierungsorganisationen sowie mit politischen Vertreterinnen blockfreier Staaten. Sie zeigten sich über das Ausmaß der Kriegsvorbereitungen in Deutschland und die neue Blockkonfrontation gleichermaßen erstaunt wie besorgt.

Der Austausch mit Vertreter*innen aus anderen Teilen der Welt war vor allem im Kontrast zur Deutschen Einengung auf militärische Aufrüstung beruhigend – es gibt noch eine andere Perspektive. Auch in einigen Veranstaltungen wurde über den Tellerrand geblickt. Häufig erschien mir der Programmteil zur „Menschlichen Sicherheit“ jedoch eher wie ein Feigenblatt, das die Geschäfte des militärisch-industriellen Komplex verschleiern soll. So gab es eine Veranstaltung zum Thema Entwicklungszusammenarbeit unter Beteiligung der Deutschen Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Reem Alabali Radovan. Zwar wurde benannt, dass jeder Dollar, der in Entwicklung fließt, sich vielfach auszahlt, weil stabile Gesellschaften weniger Konflikte führen und auch die drastischen Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wurden bedauert. Doch eine grundsätzliche Kritik an der Umverteilung zugunsten des rasant wachsenden Verteidigungshaushalts – der bereits heute das Zehnfache des Entwicklungsetats beträgt – blieb aus.

Tatsächlich herausragend und in vielerlei Hinsicht erhellend war das Panel zum Klimawandel. Ralph Regenvanu, Minister für Klimawandel und Katastrophenschutz des Pazifikstaats Vanuatu, formulierte unmissverständlich, dass viele der auf der Konferenz vertretenen Länder direkte Verantwortung dafür tragen, dass seine Heimat ohne ein rasches Umsteuern in der Energiepolitik vom Untergang bedroht ist. Gavin Newsom, Gouverneur von Kalifornien, und Andrew Forrest, australischer Unternehmer, machten deutlich, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur moralisch geboten, sondern auch ökonomisch vernünftig ist. Forrests Unternehmen Fortescue spart durch die Umstellung auf erneuerbare Energien nach eigenen Angaben jährlich rund eine Milliarde US-Dollar ein. Die konservative Europaabgeordnete Lidia Pereira argumentierte, Europas Energiewende sei unumgänglich, wenn die auf der Konferenz vielfach beschworene strategische Unabhängigkeit von Russland oder den USA ernst gemeint sei. Hindernisse seien jedoch nicht nur die Lobbymacht großer Öl- und Gaskonzerne – darunter Shell, Equinor und Uniper, die ebenfalls zu den Partnern oder Sponsoren der Konferenz zählen –, sondern auch der erhebliche Einfluss der Verteidigungsindustrie, die für Panzer und Kampfflugzeuge weiterhin auf fossile Energieträger setzt.

So schloss sich der Kreis: Am folgenden Tag wurde auf derselben Bühne über Wege zur Beendigung des Ukrainekriegs diskutiert. Während Vertreter*innen von EU und NATO auf weitere Aufrüstung setzten, schlug der US-amerikanische Vertreter vor, die russischen Ölexporte endlich wirksam zu sanktionieren.

Die Abkehr von fossilen Brennstoffen ist nicht nur überlebenswichtig für einige der Kleinsten der Welt; sie könnte zugleich geopolitische Abhängigkeiten reduzieren, Konflikte entschärfen und damit einen Beitrag zu echter Sicherheit leisten.

Doch was bedeutete das für eine Konferenz, die maßgeblich von Akteuren aus dem Rüstungs- und Energiesektor unterstützt wird?

Wenn das Motto der MSC „Peace through dialogue“ ernst gemeint ist, müsste sie sich auf die Suche machen – nach neuen Partnern und echtem Dialog mit der Welt.

*Dr. med. Inga Blum ist Ärztin bei Hamburg und Co-Präsidentin der Internationalen Ärzt*innen zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und Mitglied der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)*

Hier sind Beitrag und Frage von Inga Blum in der Abschlussveranstaltung der Sicherheitskonferenz zu sehen, ab Minute 24:57: <https://securityconference.org/msc-2026/agenda/event/under-reconstruction-a-world-order-for-the-next-generation/>

Im Zusammenhang mit der Münchener Sicherheitskonferenz und der sich daran anschließenden Debatte über europäische Atombomben sind folgende Interviews und Artikel von Inga Blum erschienen:

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1197568.muenchner-sicherheitskonferenz-ist-die-waffenboerse-reformierbar.html>
(Ausführlicher Bericht über die MSC mit Auszügen aus einem Interview mit Inga Blum)

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1197686.muenchner-sicherheitskonferenz-ippnw-einen-kleinen-atomkrieg-gibt-es-nicht.html>

(erschieden am 17.02.) Ein Auszug aus dem Interview mit dem neuen Deutschland wird auch im IPPNW Forum, der Mitgliederzeitschrift der Deutschen IPPNW erscheinen.

<https://table.media/security/tablestandpunkt/durch-merz-atombombengeraune-koennen-wir-nur-verlieren>
(auf Deutsch, siehe unten, man muss sich nur registrieren, keine Zahlungsaufforderung)

<https://table.media/en/security/opinion/nuclear-umbrella-the-german-government-should-advocate-the-withdrawal-of-us-nuclear-weapons>
(auf Englisch, siehe unten)

Durch Merz' Atombombengeräune können wir nur verlieren

Die Rufe nach einer europäischen nuklearen Abschreckung werden immer lauter. Solche Diskussionen sollten jedoch eingestellt werden, schreibt die IPPNW-Co-Präsidentin Inga Blum: Deutschland und Europa profitieren von einer friedlichen internationalen Ordnung und sollten nicht dazu beitragen, diese zu untergraben.

IB

[Inga Blum](#)

19. Februar 2026

Bundeskanzler Friedrich Merz bekräftigte auf der Münchener Sicherheitskonferenz seine schon vor einem Jahr angekündigten Bemühungen, mit Frankreich über eine „[europäische nukleare Abschreckung](#)“ zu sprechen. Dabei missachtet er, dass Deutschland damit sowohl gegen den Nichtverbreitungsvertrag als auch gegen den 2+4 Vertrag zur Deutschen Einheit verstoßen würde. Wie gefährlich diese Gedankenspiele sind, zeigten die Äußerungen aus Polen und der Türkei zu eigenen Atombomben. Wenn von der internationalen Ordnung nach Ukrainekrieg und Grönlandannexionsplänen noch etwas übrig bleiben soll, dann muss die Verteidigung des Völkerrechts beim Atomwaffenregime anfangen.

IAEO-Chef Grossi warnte kürzlich vor einer Welt, in der es 25 Atomwaffenstaaten geben könnte. Während Merz die israelisch-amerikanische Bombardierung des Irans, die mit dessen Streben nach der Atombombe begründet wurde, als „Drecksarbeit“ gelobt hat, bereitet er auf der europäischen Ebene die Proliferation von Atombomben selbst vor. Diese Politik der doppelten Standards erweist dem Bemühen um nukleare Abrüstung einen Bärendienst.

Das unbedingte Beharren auf der nuklearen Teilhabe sowie wiederholte Diskussionen über europäische oder deutsche Atomwaffen schwächen die Norm der Nichtverbreitung. Denn wenn Atomwaffen als „sicherheitspolitisch notwendig“ angepriesen werden, dann müssten [alle Länder nuklear aufrüsten](#), um diese Sicherheit beanspruchen zu können. Die verbliebenen Verträge gegen die Weiterverbreitung dieser Waffen wären bedeutungslos. Das Gegenteil ist jedoch richtig: Mehr Atomwaffen und mehr Atomwaffenstaaten entfernen uns weiter von einer friedlichen Welt und erhöhen die Gefahr eines Atomkriegs. Deshalb sollte die Bundesrepublik nicht der Staat sein, der die Proliferation von Atomwaffen anschiebt. Wenn wir also die internationale Ordnung hochhalten und die Verbreitung von Atomwaffen aufhalten wollen, dann müssen wir auch dazu beitragen.

Zuallererst muss die Diskussion um eine europäische oder gar deutsche Atombombe sofort eingestellt werden. Jede einzelne Verlautbarung dazu ist ein Signal an alle Staaten der Welt, dass sie für ihre Sicherheit eigene Atomwaffen benötigen. Die Bundesregierung kann hier durch ein deutliches Eintreten gegen jegliche Proliferation internationale Normen und Verträge stärken anstatt sie zu schwächen.

In diesem Sinne muss sich die Bundesrepublik auch für den Nichtverbreitungsvertrag einsetzen. Der Vertrag ist schon lange in der Krise, vor allem, weil er das Versprechen an die

Nichtatomwaffenstaaten nicht einlöst, dass die Atomwaffenstaaten gemäß Artikel 6 des Vertrags ihre Bestände abrüsten. Ein deutliches Signal der Bundesregierung, dass sie es mit der nuklearen Abrüstung ernst meint, wäre es, die unter dem Nichtverbreitungsvertrag verbotene nukleare Teilhabe innerhalb der Nato zu beenden und sich für den Abzug der US-amerikanischen Atombomben aus Deutschland einzusetzen.

Die Sicherheit der Bevölkerung würde sich unmittelbar erhöhen. Denn die [in Rheinland-Pfalz stationierten US-Atomwaffen](#) haben keine Abschreckungsfunktion, sondern wären im Kriegsfall erstes Angriffsziel. Da ihr Standort bekannt ist, wären sie vermutlich sofort zerstört und stünden nicht für einen Vergeltungsschlag zur Verfügung. Die Bundesrepublik würde sich zudem als klare normative Macht hervortun, könnte Proliferationsgedanken in anderen Staaten beenden und so einen Beitrag zur Rettung der völkerrechtlichen Ordnung leisten.

Wir sollten heute nicht das Völkerrecht destabilisieren, auf das wir uns bei der Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine berufen und auch künftig noch berufen möchten. Deutschland und Europa profitieren von einer friedlichen internationalen Ordnung und sollten nicht dazu beitragen, diese zu untergraben. In einer Welt, in der die Macht der Stärke regiert, hat unser Land wenig zu gewinnen, auch ein zunehmend von nationalistischen Kräften zersetztes Europa nicht.

Dr. med. Inga Blum ist Co-Präsidentin der Internationalen Ärztinnen und Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). 2026 war sie für den Verein „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“ Beobachterin bei der MSC.

Letzte Aktualisierung: 19. Februar 2026

Nuclear umbrella: The German government should advocate the withdrawal of US nuclear weapons

Inga Blum, Co-President of the International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) considers the calls for a European nuclear deterrent to be dangerous. She says the defense of international law must begin with the nuclear weapons regime.

IB

[Inga Blum](#)

20. February 2026

Inga Blum is Co-President of International Physicians for the Prevention of Nuclear War. (IPPNW)

At the Munich Security Conference, German Chancellor Friedrich Merz reiterated the efforts he announced a year ago to talk to France about a “European nuclear deterrent”. In doing so, he disregarded the fact that this would put Germany in breach of both the Non-Proliferation Treaty and the Two Plus Four Treaty on German Unity. The statements from Poland and Turkey on their own nuclear bombs show just how dangerous these mind games are. If there is to be anything left of the international order after the Ukraine war and the Greenland

annexation plans, then the defense of international law must start with the nuclear weapons regime.

The head of the International Atomic Energy Agency (IAEA), Rafael Grossi, recently warned of a world in which there could be 25 nuclear weapons states. While Chancellor Merz has praised the Israeli-American bombing of Iran, which was justified by the latter's pursuit of the atomic bomb, he is preparing the proliferation of nuclear bombs himself at European level. This policy of double standards does a disservice to efforts to achieve nuclear disarmament.

The unconditional insistence on nuclear sharing and repeated discussions about European or German nuclear weapons weaken the norm of non-proliferation. After all, if nuclear weapons are touted as "necessary for security policy", then all countries would have to arm themselves with nuclear weapons in order to be able to claim this security. The remaining treaties against the proliferation of these weapons would be meaningless. However, the opposite is true: more nuclear weapons and more nuclear-armed states take us further away from a peaceful world and increase the risk of nuclear war. That is why Germany should not be the state that promotes the proliferation of nuclear weapons.

So if we want to uphold the international order and stop the proliferation of nuclear weapons, we must also contribute to this: first and foremost, the discussion about a European or even German nuclear bomb must be halted immediately. Every single announcement on this is a signal to all states in the world that they need their own nuclear weapons for their security. By taking a clear stand against any proliferation, the German government can strengthen international norms and treaties instead of weakening them.

In this spirit, the Federal Republic must also stand up for the Non-Proliferation Treaty. The treaty has long been in crisis, principally because it does not keep its promise to the non-nuclear weapon states that the nuclear weapon states will disarm their stockpiles in accordance with Article 6 of the treaty. A clear signal from the German government that it is serious about nuclear disarmament would be to end nuclear sharing within NATO, which is prohibited under the Non-Proliferation Treaty, and to campaign for the withdrawal of US nuclear bombs from Germany.

What would Germany gain from this? The security of the population would increase immediately. This is because the US nuclear weapons stationed in Rhineland-Palatinate have no deterrent function, but would be the first target in the event of war. As their location is known, they would presumably be destroyed immediately and would not be available for a retaliatory strike.

The Federal Republic would also stand out as a clear normative power. It could put an end to proliferation ideas in other states and thus contribute to saving the international legal order. We should not destabilize international law today, which we invoke in our condemnation of the Russian war of aggression against Ukraine and would like to continue to invoke in the future. Germany and Europe benefit from a peaceful international order and should not contribute to undermining it. In a world ruled by the power of strength, our country has little to gain – and neither has a Europe increasingly corroded by nationalist forces.

Inga Blum is Co-President of the International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW). In 2026, she was an observer at the MSC for the association "Münchner Sicherheitskonferenz verändern".

Note: Opinions do not reflect the views of the editorial team.

Last updated: 20. February 2026